

Krisenjahre brauchen Investitionen

# Die Schuldenbremse reformieren

> Monika Heinold

Krisenjahr folgt auf Krisenjahr. Die Aufgabe von staatlichem Handeln ist es, die Gesellschaft gut durch die Krisen zu führen. Denn gerade jetzt brauchen die Menschen Sicherheit, Zuverlässigkeit, und dürfen das Vertrauen in staatliches Handeln nicht verlieren – damit unsere Demokratie stabil bleibt.

In den letzten vier Jahren haben sich alle staatlichen Ebenen dieser Herausforderung gestellt und dafür viel Geld in die Hand genommen: um der Wirtschaft zu helfen, um Familien zu unterstützen, um das Gesundheitssystem zu stabilisieren und um in die Energiewende zu investieren. Das war richtig.

Dabei wussten wir, dass Notkredite mit einem Tilgungsplan versehen werden müssen und dass die Tilgung unsere künftigen Haushalte belastet. Aber ohne die milliardenschweren Investitionen wäre unser Land in den Krisenjahren nachhaltig geschwächt worden.

Nun stellt sich die Frage: „Wie weiter?“ Einnahmen und Ausgaben der staatlichen Ebenen passen angesichts der gewachsenen Herausforderungen nicht mehr zusammen. Die Segel müssen neu gesetzt werden. Meine Antwort ist ein Dreiklang: Reduzierung der ökologisch schädlichen Subventionen, höhere Besteuerung von sehr hohen Einkommen und Vermögen und eine Reform der Schuldenbremse.

Der Ruf nach einer Abschaffung der Schuldenbremse ist zu kurz gesprungen. Zurück zur alten Regel? Nein. Denn das Ergebnis waren hohe Schulden, hohe Zinsen und eine veraltete und in Teilen

marode Infrastruktur – weil es kein Qualitätsmerkmal für eine investitionsorientierte Verschuldung gab.

Statt die Schuldenbremse abzuschaffen, sollte sie reformiert werden:

Säule I: Die Regelung, dass sich Bund und Länder in wirtschaftlich schlechten Zeiten verschulden dürfen und die Kredite in guten Zeiten tilgen müssen, sollte bestehen bleiben.

Säule II: Die Möglichkeit der jährlichen Neuverschuldung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – sollte vom Bund auf die Länder ausgeweitet werden.

Säule III: Notkredite – deren Verwendung muss flexibilisiert werden. Krisen orientieren sich nicht am Kalenderjahr. Die Vorgabe der Jährlichkeit durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist nicht praxistauglich.

Säule IV: Für Investitionen in die ökologische Transformation und in den Wertehalt der Infrastruktur braucht es einen durch Qualitätskriterien klar definierten Verschuldungsrahmen. Auch damit Bund und Länder die Kommunen bei den anstehenden Aufgaben stärker unterstützen können.

> Monika Heinold (Bündnis 90/Die Grünen) ist Finanzministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein.



Foto: Frank Peter